

Erläuterungen

zum Antrag auf Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz 2010

für Investitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes für das Kalenderjahr 2012 bzw. das Wirtschaftsjahr 2011/2012

I. Anspruchsberechtigte

Die Investitionszulage wird unbeschränkt und beschränkt Steuerpflichtigen im Sinne des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes gewährt, die begünstigte Investitionen (vgl. Abschnitt II und III) vornehmen.

Bei Gesellschaften (z. B. bei Offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, atypisch stillen Gesellschaften und Gesellschaften bürgerlichen Rechts) und Gemeinschaften (z. B. Erbengemeinschaften) sind nicht die Gesellschafter oder Mitglieder der Gemeinschaft, sondern ist die Gesellschaft oder Gemeinschaft anspruchsberechtigt.

Zu den Steuerpflichtigen im Sinne des Körperschaftsteuergesetzes gehören neben Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung auch Genossenschaften und wirtschaftliche Vereine. Körperschaftsteuerpflichtige, die nach § 5 des Körperschaftsteuergesetzes z. B. wegen Verfolgens gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke von der Körperschaftsteuer befreit sind, sind anspruchsberechtigt, soweit sie einen steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb mit Einkünften im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes unterhalten.

In den Fällen einer Gesamtrechtsnachfolge tritt der Rechtsnachfolger hinsichtlich der Anspruchsberechtigung in die Stellung seines Rechtsvorgängers ein, soweit nicht der Rechtsvorgänger die Investitionszulage zulässigerweise beantragt hat.

II. Begünstigte bewegliche Wirtschaftsgüter

Begünstigte Investitionen sind die Anschaffung und die Herstellung von neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die zu einem Erstinvestitionsvorhaben (vgl. Zeilen 30 ff. des Antragsvordrucks) gehören, und mindestens fünf Jahre nach Beendigung des Erstinvestitionsvorhabens

1. zum Anlagevermögen einer Betriebsstätte eines Betriebs des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes des Anspruchsberechtigten im Fördergebiet gehören,
2. in einer Betriebsstätte eines solchen Betriebs des Anspruchsberechtigten im Fördergebiet verbleiben,
3. in jedem Jahr zu nicht mehr als 10 Prozent privat genutzt werden,
4. nicht in einem Betrieb im Bereich eines sensiblen Sektors verbleiben, in dem die Förderfähigkeit eingeschränkt oder ausgeschlossen ist (vgl. Abschnitt II letzter Absatz).

Bei Betrieben, die im Zeitpunkt des Beginns der Erstinvestitionsvorhaben die Begriffsdefinition für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Sinne der Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. EU Nr. L 124 S. 36) erfüllen, verkürzt sich der Zeitraum von fünf Jahren auf drei Jahre. In diesen Fällen ist dem Antrag eine KMU-Erklärung (Vordruck IZ KMU 2010 (09)) beizufügen. Dieser Vordruck ist bei den Finanzämtern erhältlich und steht im Formular-Management-System des Bundesfinanzministeriums unter www.formulare-bfinv.de zur Ansicht und zum Download bereit.

Wird ein begünstigtes bewegliches Wirtschaftsgut vor Ablauf des Drei- bzw. Fünfjahreszeitraums (Bindungszeitraum) durch ein mindestens gleichwertiges neues abnutzbares bewegliches Wirtschaftsgut ersetzt, tritt für die verbleibende Zeit des Bindungszeitraums das Ersatzwirtschaftsgut an die Stelle des begünstigten beweglichen Wirtschaftsguts. Das Ausscheiden eines Wirtschaftsguts aus dem Anlagevermögen nach Ablauf seiner betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer ist unschädlich.

Neu ist ein angeschafftes Wirtschaftsgut, wenn es in ungebrauchtem Zustand erworben wird. Ein selbst hergestelltes Wirtschaftsgut ist als neu anzusehen, wenn der Teilwert bei der Herstellung verwendeter gebrauchter Wirtschaftsgüter 10 Prozent des Teilwerts des hergestellten Wirtschaftsguts nicht übersteigt oder ein andersartiges Wirtschaftsgut auf Grund einer neuen Idee hergestellt wird.

Zu den abnutzbaren **beweglichen Wirtschaftsgütern** gehören z. B. Maschinen und Ausrüstungsgegenstände, Betriebsvorrichtungen (auch als wesentliche Bestandteile von Gebäuden), Transportmittel und Bürogegenstände.

Die Wirtschaftsgüter müssen während des Bindungszeitraums ununterbrochen zum **Anlagevermögen** des begünstigten Betriebs des Anspruchsberechtigten gehören. Die Veräußerung eines Wirtschaftsgutes oder ein Vermögensübergang i.S.d. Umwandlungssteuergesetzes, bei dem die übergegangenen Wirtschaftsgüter als angeschafft gelten, innerhalb der Bindungsfrist ist daher grundsätzlich schädlich. Hat ein Anspruchsberechtigter Betriebsstätten innerhalb und außerhalb des Fördergebiets und bleiben die Wirtschaftsgüter nicht körperlich in einer Betriebsstätte des Anspruchsberechtigten im Fördergebiet (z. B. Transportmittel und Baugeräte), können diese Wirtschaftsgüter nur dann dem Anlagevermögen einer Betriebsstätte im Fördergebiet zugeordnet werden, wenn die Erträge aus diesen Wirtschaftsgütern durch diese Betriebsstätte erwirtschaftet werden.

Die Wirtschaftsgüter müssen während des Bindungszeitraums ununterbrochen in einer Betriebsstätte eines begünstigten Betriebs des Anspruchsberechtigten im Fördergebiet verbleiben. Die langfristige Nutzungsüberlassung eines Wirtschaftsguts ist daher grundsätzlich schädlich. Für das **Verbleiben** ist es zudem erforderlich, dass eine dauerhafte räumliche Beziehung des Wirtschaftsguts zu einer Betriebsstätte des Anspruchsberechtigten im Fördergebiet besteht und das Wirtschaftsgut nur innerhalb des Fördergebiets eingesetzt wird. Bei Wirtschaftsgütern, die ihrer Art nach nicht dazu bestimmt und geeignet sind, im räumlich abgegrenzten Bereich einer Betriebsstätte eingesetzt zu werden (z. B. bei Messständen, Film- und

Fernsehkameras), ist die Voraussetzung des Verbleibens erfüllt, wenn sie in jedem Jahr des Bindungszeitraums nicht länger als insgesamt einen Monat außerhalb des Fördergebiets eingesetzt werden. Bei Transportmitteln und Baugeräten bestehen außerdem besondere Regelungen bezüglich der Verbleibensdauer außerhalb des Fördergebiets.

Für den Anspruch auf Investitionszulage ist es unschädlich, wenn das bewegliche Wirtschaftsgut innerhalb des Bindungszeitraums

1. a) in das Anlagevermögen eines mit dem Anspruchsberechtigten verbundenen Unternehmens eines begünstigten Wirtschaftszweigs im Fördergebiet übergeht oder
- b) in einem mit dem Anspruchsberechtigten verbundenen Unternehmen eines begünstigten Wirtschaftszweigs im Fördergebiet verbleibt und
2. dem geförderten Erstinvestitionsvorhaben eindeutig zugeordnet bleibt.

In jedem Jahr des Bindungszeitraums darf die private Nutzung des Wirtschaftsguts nicht mehr als 10 Prozent der gesamten Nutzung betragen. Als eine Privatnutzung gilt auch die Verwendung von Wirtschaftsgütern, die zu einer verdeckten Gewinnausschüttung nach § 8 Abs. 3 des Körperschaftsteuergesetzes führt.

Die Wirtschaftsgüter sind nur begünstigt, soweit in sensiblen Sektoren die Förderfähigkeit nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist (vgl. Zeile 17 des Antragsvordrucks).

III. Begünstigte Gebäude

Begünstigte Investitionen sind die Anschaffung und die Herstellung von neuen Gebäuden, Eigentumswohnungen, im Teileigentum stehender Räume und anderer Gebäudeteile, die selbstständige unbewegliche Wirtschaftsgüter sind (im Folgenden als Gebäude bezeichnet), wenn sie zu einem Erstinvestitionsvorhaben gehören (vgl. Zeilen 30 ff. des Antragsvordrucks). Die Anschaffung ist nur begünstigt, wenn sie bis zum Ende des Jahres der Fertigstellung des Gebäudes erfolgt und bisher für das Gebäude keine Investitionszulage in Anspruch genommen wurde.

Die Gebäude müssen sich im Fördergebiet befinden und mindestens drei bzw. fünf Jahre nach Abschluss des Erstinvestitionsvorhabens in einem Betrieb des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen oder des Beherbergungsgewerbes verwendet werden. Es ist nicht erforderlich, dass sie zum Betriebsvermögen gehören.

Die Gebäude sind nur begünstigt, soweit in sensiblen Sektoren die Förderfähigkeit nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist. Hierfür maßgebend ist der Betrieb, in dem die Gebäude innerhalb des Bindungszeitraums verwendet werden (vgl. Zeile 17 des Antragsvordrucks).

Ein **neues Gebäude** liegt dann vor, wenn

- ein in bautechnischer Hinsicht neues Gebäude hergestellt wird,
- durch Baumaßnahmen an einem bestehenden Bauwerk erstmals ein Gebäudeteil hergestellt wird, der nicht in einem Nutzungs- und Funktionszusammenhang mit bereits vorhandenen Gebäudeteilen steht, oder
- durch die Baumaßnahmen ein Gebäudeteil hergestellt wird, an dem erstmals Wohnungs- oder Teileigentum begründet wird.

IV. Nicht begünstigte Wirtschaftsgüter

Nicht begünstigt sind geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes, Luftfahrzeuge und Personenkraftwagen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind Wirtschaftsgüter, die einer selbstständigen Nutzung fähig sind und deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 410 Euro nicht übersteigen. Dabei sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag zu kürzen, unabhängig davon, ob der Vorsteuerbetrag bei der Umsatzsteuer tatsächlich abgezogen werden kann.

Personenkraftwagen sind Kraftfahrzeuge, die nach ihrer Bauart und Ausstattung zur Beförderung von nicht mehr als neun Personen (einschließlich Fahrer) geeignet und bestimmt sind. Für die Abgrenzung des Personenkraftwagens von anderen Kraftfahrzeugen gilt grundsätzlich die erste Eintragung in der Zulassungsbescheinigung II (Fahrzeugbrief).

Eine Investitionszulage wird auch nicht gewährt für

1. die Anschaffung oder Herstellung immaterieller Wirtschaftsgüter (z. B. Rechte, Patente, Lizenzen und Computerprogramme), beweglicher Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens sowie von Grund und Boden und Außenanlagen,
2. nachträgliche Herstellungsarbeiten (z. B. Substanzverbesserungen) und Erhaltungsarbeiten an sämtlichen schon bestehenden Wirtschaftsgütern.

V. Förderzeitraum

Die Investitionen sind begünstigt, wenn sie zu einem Erstinvestitionsvorhaben gehören, mit dem der Anspruchsberechtigte vor dem 1. Januar 2014 begonnen hat, und der Anspruchsberechtigte die Investitionen nach dem 31. Dezember 2009 und vor dem 1. Januar 2014 abgeschlossen hat oder nach dem 31. Dezember 2013 abschließt, soweit vor dem 1. Januar 2014 Teilerstellungskosten entstanden sind oder Teillieferungen erfolgt sind.

Ein Erstinvestitionsvorhaben ist an dem Tag begonnen, an dem mit der ersten hierzu gehörenden Einzelinvestition begonnen worden ist. Eine Einzelinvestition ist in dem Zeitpunkt begonnen, in dem das Wirtschaftsgut bestellt oder herzustellen begonnen worden ist. Ein Gebäude gilt in dem Zeitpunkt als bestellt, in dem über seine Anschaffung ein rechtswirksam abgeschlossener obligatorischer Vertrag oder ein gleichstehender Rechtsakt vorliegt. Als Beginn der Herstellung gilt bei Gebäuden der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder

die Aufnahme von Bauarbeiten. Der Erwerb eines Grundstücks gilt nicht als Investitionsbeginn.

Investitionen sind in dem Zeitpunkt abgeschlossen, in dem die Wirtschaftsgüter angeschafft oder hergestellt worden sind.

Anschaffung ist der entgeltliche Erwerb eines Wirtschaftsguts von einem Dritten. Der Zeitpunkt der Anschaffung ist der Zeitpunkt der Lieferung. Wird ein geliefertes Wirtschaftsgut erst durch eine Montage in einen betriebsbereiten Zustand versetzt, so ist das Wirtschaftsgut erst mit der Beendigung der Montage angeschafft. Wirtschaftsgüter, deren Einsatz einer behördlichen Genehmigung bedarf (z. B. TÜV-Abnahme), sind grundsätzlich in dem Zeitpunkt angeschafft, in dem die Genehmigung erteilt ist. Zeitpunkt der Anschaffung eines Gebäudes ist der Zeitpunkt des Übergangs von Besitz, Gefahr, Nutzen und Lasten. Die Überführung eines Wirtschaftsguts aus dem Umlauf- oder dem Privatvermögen in das Anlagevermögen ist keine Anschaffung.

Herstellung ist die Schaffung eines bisher nicht bestehenden Wirtschaftsguts durch den Anspruchsberechtigten. Sie ist abgeschlossen, wenn das Wirtschaftsgut fertig gestellt ist, d.h. seiner Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden kann.

VI. Bemessungsgrundlage

Bemessungsgrundlage für die Investitionszulage ist die Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten der im Kalenderjahr 2012 bzw. im Wirtschaftsjahr 2011/2012 abgeschlossenen begünstigten Investitionen, soweit sie nicht nach dem Investitionszulagengesetz 2007 begünstigt sind. Im Kalenderjahr 2012 bzw. im Wirtschaftsjahr 2011/2012 geleistete Anzahlungen auf Anschaffungskosten und entstandene Teilerstellungskosten können in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden. Wurde bereits für vorangegangene Kalender- oder Wirtschaftsjahre eine Investitionszulage für Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder Teilerstellungskosten gewährt, sind diese von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten des Kalenderjahrs 2012 bzw. des Wirtschaftsjahrs 2011/2012 abzuziehen.

Vor dem 1. Januar 2010 erfolgte Teillieferungen und entstandene Teilerstellungskosten sind grundsätzlich nach dem Investitionszulagengesetz 2007 begünstigt. Vor dem 1. Januar 2010 erfolgte Teillieferungen und entstandene Teilerstellungskosten sind nach dem Investitionszulagengesetz 2010 nur begünstigt, wenn sie für Investitionen in Betrieben entstanden sind, die zu einem nach dem Investitionszulagengesetz 2007 nicht begünstigten Wirtschaftszweig gehören, soweit die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind.

Anschaffungskosten sind alle Aufwendungen, die geleistet werden, um ein Wirtschaftsgut zu erwerben und es in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Zu den Anschaffungskosten gehören der Anschaffungspreis und die Nebenkosten der Anschaffung, soweit sie dem Wirtschaftsgut einzeln zugeordnet werden können. Nicht dazu gehören die Finanzierungskosten (z. B. Kreditkosten, Teilzahlungszuschläge).

Herstellungskosten sind alle Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die Herstellung des Wirtschaftsguts entstehen. Dazu gehören z. B. Materialkosten und Fertigungskosten.

Anzahlungen auf Anschaffungskosten sind Zahlungen, die nach dem rechtswirksamen Abschluss des obligatorischen Vertrages und vor der Lieferung eines Wirtschaftsguts auf die endgültigen Anschaffungskosten geleistet werden, soweit sie diese nicht übersteigen.

Teilerstellungskosten sind die Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die noch nicht abgeschlossene Herstellung eines Wirtschaftsguts entstehen. Unerheblich ist, ob bereits Zahlungen für Teilerstellungskosten geleistet sind.

Ein Vorsteuerbetrag gehört nicht zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, soweit er bei der Umsatzsteuer abgezogen werden kann.

VII. Investitionszulagensatz

Die Höhe des Investitionszulagensatzes hängt davon ab, ob es sich um Investitionen in den Teilen des Landes Berlin, die in Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2010 genannt sind oder um Investitionen im übrigen Fördergebiet handelt (vgl. Zeilen 64 ff. des Antragsvordrucks).

Die erhöhte Investitionszulage kommt nur für **bewegliche** Wirtschaftsgüter in Betracht, die in einem begünstigten Betrieb des Anspruchsberechtigten verbleiben, der zu Beginn des Erstinvestitionsvorhabens die Begriffsdefinition für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Sinne der Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen erfüllt. Wird eine erhöhte Investitionszulage für ein neu begonnenes Erstinvestitionsvorhaben beantragt, ist dem Antrag eine KMU-Erklärung (IZ KMU 2010 (09)) beizufügen.

Verliert der Anspruchsberechtigte innerhalb des Bindungszeitraums den Status eines KMU, ist dies für die erhöhte Investitionszulage ohne Bedeutung.

Die in Zeilen 57 und 58 genannten beihilferechtlichen Regelungen enthalten u.a. Einschränkungen für große Investitionsvorhaben. Ein großes Investitionsvorhaben liegt vor, wenn die Investitionskosten mehr als 50 Mio. Euro betragen.

VIII. Besonderheiten bei Investitionen in den Teilen des Landes Berlin, die in Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2010 genannt sind

Die Zuordnung der in der Anlage 1 zum Investitionszulagengesetz 2010 genannten Verkehrszellen kann im Internet unter <http://www.businesslocationcenter.de/foerdergebietskarte> ermittelt werden.

IX. Auswirkungen der Investitionszulage auf die Besteuerung des Anspruchsberechtigten

Die Investitionszulage gehört nicht zu den Einkünften im Sinne des Einkommensteuergesetzes.

Sie mindert nicht die Bemessungsgrundlage für die Absetzungen für Abnutzung.

X. Antragsverfahren

Die Investitionszulage wird **auf Antrag** für die begünstigten Investitionen des Wirtschaftsjahrs festgesetzt, wenn die Wirtschaftsgüter zu einem Betriebsvermögen gehören. Ansonsten muss sich der Antrag auf die begünstigten Investitionen im Kalenderjahr beziehen.

Der Antrag ist nach **amtlichem Vordruck** bei dem für die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer **zuständigen Finanzamt** zu stellen. Das gilt auch in den Fällen der gesonderten Feststellung. Im Fall der gesonderten und einheitlichen Feststellung der Einkünfte ist der Antrag bei dem für die Feststellung zuständigen Finanzamt zu stellen. Bei der atypisch stillen Gesellschaft hat der Inhaber des Handelsgeschäfts den Antrag bei dem für die Feststellung zuständigen Finanzamt zu stellen. Der Antrag ist nur wirksam, wenn er vom Anspruchsberechtigten **eigenhändig** unterschrieben worden ist.

Der Antrag kann innerhalb der vierjährigen Festsetzungsfrist gestellt werden. Diese beginnt mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Investitionen abgeschlossen, Anzahlungen auf Anschaffungskosten geleistet wurden oder Teilerstellungskosten entstanden sind. Bei vom Kalenderjahr abweichendem Wirtschaftsjahr beginnt die Festsetzungsfrist mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem das Wirtschaftsjahr endet. Der Antrag für das Kalenderjahr 2012 bzw. Wirtschaftsjahr 2011/2012 kann deshalb bis zum 31. Dezember 2016 gestellt werden.

In dem Antrag sind die Investitionen, für die eine Investitionszulage beansprucht wird, **so genau zu bezeichnen**, dass ihre Feststellung bei einer Nachprüfung möglich ist. Das gilt auch, wenn eine Investitionszulage für Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder für Teilerstellungskosten beantragt wird.

In dem Antrag sind außerdem alle weiteren Anspruchsvoraussetzungen, insbesondere die Anschaffungs- und Herstellungskosten, Anzahlungen auf Anschaffungskosten und Teilerstellungskosten der begünstigten Investitionen anzugeben, für die eine Investitionszulage beantragt wird. Diese Angaben können auch nachgeholt, ergänzt oder berichtigt werden, solange für das Wirtschafts- oder Kalenderjahr ein Investitionszulagenbescheid noch nicht erteilt ist oder nach den verfahrensrechtlichen Vorschriften noch geändert werden kann. Sind in dem Antrag Wirtschaftsgüter des Wirtschafts- oder Kalenderjahrs nicht aufgeführt, so kann unter denselben Voraussetzungen ein entsprechender Antrag nachgeholt werden.

Ein Antrag auf Investitionszulage für das Jahr des Abschlusses der Investition ist auch dann erforderlich, wenn die Anschaffungskosten oder Herstellungskosten nicht über die Anzahlungen auf Anschaffungskosten oder Teilerstellungskosten, für die bereits eine Investitionszulage gewährt worden ist, hinausgehen.

XI. Gesondertes Feststellungsverfahren

Zuständig für die Festsetzung und Auszahlung der Investitionszulage ist bei natürlichen Personen das jeweilige Wohnsitzfinanzamt. Werden die betrieblichen Einkünfte von einem anderen Finanzamt gesondert festgestellt, ist auch für Zwecke der Investitionszulage ein Feststellungsverfahren zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage und der Investitionszulagensätze durchzuführen.

Befindet sich das für die Festsetzung und Auszahlung der Investitionszulage zuständige Finanzamt außerhalb des Fördergebietes, ist für Zwecke der Investitionszulage ein Feststellungsverfahren zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage und der Investitionszulagensätze von dem Finanzamt im Fördergebiet durchzuführen, in dessen Bezirk sich das Vermögen oder der wertvollste Teil des Vermögens des Anspruchsberechtigten befindet.

In den Zeilen 12 ff. des Antrags sind die Anschriften der im Fördergebiet belegenen Betriebsstätten einzutragen. Sind bei mehreren Betriebsstätten verschiedene Finanzämter betroffen, muss der Wert des Vermögens der Betriebsstätten ermittelt werden. Hierfür ist der Wert des Betriebsvermögens der jeweiligen Betriebsstätten des letzten Rechnungsabschlusses anzugeben.

Feststellungsverfahren werden von Amts wegen auf Grund des Antrags auf Investitionszulage durchgeführt. Es ergeht ein gesonderter Feststellungsbescheid.

XII. Festsetzung und Auszahlung der Investitionszulage

Die Investitionszulage wird nach Ablauf des Kalenderjahrs oder des Wirtschaftsjahrs vom Finanzamt in einem Bescheid festgesetzt und innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheids ausgezahlt. Der Anspruchsberechtigte kann den Bescheid mit dem Rechtsbehelf des Einspruchs anfechten.

XIII. Rückzahlung der Investitionszulage

Entfallen für ein Wirtschaftsgut nach Bescheiderteilung die Anspruchsvoraussetzungen oder wird festgestellt, dass sie von Anfang an nicht vorgelegen haben, wird der Investitionszulagenbescheid aufgehoben oder zu Ungunsten des Anspruchsberechtigten geändert. Die Rückzahlung muss in der Regel innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Aufhebungs- oder Änderungsbescheids erfolgen.

Der Rückforderungsanspruch ist zu verzinsen. Der Zinslauf beginnt, sofern die Anspruchsvoraussetzungen von Anfang an nicht vorgelegen haben, am Tag der Auszahlung der Investitionszulage, bei späterem Wegfall der Anspruchsvoraussetzungen am Tag des Wegfalls. Die Zinsen betragen für jeden vollen Monat 0,5 Prozent des auf volle 50 Euro abgerundeten Betrags. Wird die Investitionszulage nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstags zurückgezahlt, entstehen Säumniszuschläge. Sie betragen für jeden angefangenen Monat der Säumnis 1 Prozent des rückständigen auf volle 50 Euro abgerundeten Betrags.

XIV. Auskünfte

Auskünfte zur Anwendung des Investitionszulagengesetzes 2010 können Ihnen die Angehörigen der steuerberatenden Berufe und die Finanzämter erteilen.